

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 M. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 30. Mai 1931

Nummer 43

Wenn die 40-Stunden-Woche kommt...

Wird das Problem der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche akut, so darf es den schaffenden Schichten des Volkes keine Fesseln auferlegen, die ihnen ohnehin durch Lohnabbau empfindlich herabgedrückten Lebensstandard noch ungünstiger gestalten, sonst wird der Segen der Neuschaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Zwangsfeiernde aufgewogen durch den Fluch mangelnder Kaufkraft für die in Arbeit Stehenden. Deshalb ist es eine Auffassung, die volkswirtschaftlich einfach unhaltbar und in ihren Auswirkungen katastrophal ist, wenn die Lasten eines derartigen Experiments überwiegend auf die leistungsschwachen Schultern des Arbeiters gelegt würden. Gleich zu gleich wäre das Äußerste, dem man zur Not noch zustimmen könnte.

In dieser Form läge eine Lösung, die gerade uns als eigentlichen Produzenten und Hauptkonsumenten schon Opfer auferlegte, die erst dann völlig realisierbar wären, wenn zugleich den wahnwitzigen Gewinnspannen des Zwischenhandels, die den Preis vom Erzeuger zum Verbraucher unentgeltlich verteuern, ein Riegel vorgehoben würde. Diese Beobachtung läßt sich bei sämtlichen Bedarfs-gütern machen. Sie wird noch verschlimmert durch die konsumenten-schädlichen Auswüchse der Kartellpolitik, durch die gegenwärtige einseitige Begünstigung der Landwirt-schaft.

Dabei haben die kleinen und mittleren Landwirte von den Zöllen nicht den geringsten Vorteil. Denn sie sind nach wie vor gezwungen, Erzeugnisse der Vieh- und Milch-wirtschaft zu Schleuderpreisen auf den Markt zu werfen, und der Handel sowie die Kommissionäre stecken den Profit ein. Billige Futtermittel stehen ihnen nicht zur Verfügung, denn das Ausland könnte sie zwar beliefern, aber die Zoll-schranken stellen sich dem entgegen. So sind sie gezwungen, ihr eigenes Korn zu verfüttern und dem leistungsfähigeren Landwirt durch Ergänzung ihres Bedarfs zu Preisen, die über dem Weltmarktniveau liegen, fürzig zu werden. Er allein hat also den wirklichen Vorteil aus den Einfuhr-zöllen, weil er das Preisdiktat rückwärtslos ausübt. Ihm allein stehen aber auch die besseren technischen Mittel zur Verfügung, um durch intensive Bewirtschaftung das Weisheitsmögliche aus seiner Scholle herauszuschöpfen. Der kleine und mittlere Landwirt enträt dieser Hilfsmittel, der Arbeiter wiederum ist nicht leistungsfähig genug, so viel Lebensmittel zu konsumieren, wie er es gern möchte, weil die hohen Einfuhrzölle das Ausland zu Gegenmaßnahmen und zum Boykott deutscher Industrieprodukte anreizen, und so treibt ein Keil den andern, die Wirtschaft läßt sich nicht ankurbeln, Arbeitslosigkeit wird trotz aller „Gut-achten“ zur Dauererscheinung, wenn die deutsche Regierung sich nicht zu einem radikalen Umschwung ihrer wirtschaft-lichen Gesichtspunkte bequemt.

Niemand, der in der Arbeitszeitverkürzung ein Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit erblickt, darf also achtsam daran vorübergehen, daß eine derartige Verkürzung Hand in Hand gehen muß mit einer Forderung an die Regierung, alle Mittel zu erschöpfen, die in irgendeiner Weise den Preisabbau aus dem Laviieren heraus zu positivem Ergebnis bringen.

Die Bierzigstundenwoche muß, soweit sie Opfer der Arbeiterschaft auferlegt, aber auch zwangsläufig zur durch-gehenden Arbeitszeit, und wo dies in der Eigenart des Betriebes sich nicht umgehen läßt, zum Schichtwechsel führen, und zwar bei allen Beteiligten. Denn die Erhaltung der Leistungsfähigkeit ist in hohem Maße davon abhängig, daß jeder Leerlauf vermieden wird. Leerlauf ist es aber auch, wenn man dem Arbeiter zumutet, wegen einer bis zwei Stunden nachmittags noch eine größere Pause einzu-legen, ganz abgesehen von dem un-erträglichen Ansehen, das Opfer durch Ausgaben für Fahrgeld ohne erkennliche Ursache unnötig zu vergrößern, während vielfach durch ein ein-maligen Weg von der Arbeitsstätte und zu ihr gewisse finanzielle Erleichterungen für den einzelnen mit in Rechnung gestellt werden können.

Darum: Keine Bierzigstundenwoche ohne sozialen Lohnausgleich, aber auch keine dahingehende Reform ohne die Sicherung durchgehender Arbeitszeit eventuell Schicht-wechsel! Die vielgepriesene Men-schen-ö-nomie darf auf keinen Fall zur Prärie werden auf einem Gebiet, wo ihre Bewirtschaftung verhältnismäßig wenig Schwierig-keiten bietet!

Kürnberg

Arthur Stahl

Die leidige Spartenfrage

Die Ursache der Sparten Gründungen war keineswegs ein fester, sondern ein sehr unschriebener Begriff, aus dem das einzige klar hervorstricht: man wollte unter sich sein. Zu der Hoffnung, Sparteninteressen besonders vertreten zu können, liegt eine unvermeidbare Mischel zur Eigen-brütelei. Der Verband als Familie befriedigte nicht rest-los, man bildete eine interne Sippe, eine Verwandtschaft, die sich einem zentralen Familienoberhaupt nicht unbedingt disziplinarisch unterordnet, sondern sich kritisch mit eignen Wünschen und Taten bemerkbar macht. Nun ist aber der Begriff „zentrale Organisation“ die Grundidee unseres Ver-bandes wie unsrer Kampftruppe. Duldete der Verband Unter-organisationen, für die die Verbandsmitglieder interessiert werden, so hängt die Schlagkraft des Verbandes mehr oder weniger von der Ansicht und der daraus herzufließenden Aktionsbereitschaft der Sparten ab. Einsteilen umgibt uns der Verbandsgedanke noch so stark, daß wir verwandt-schaftlich einzig sind. Zerlegt man aber die Sparten in ihre aktiven Auswirkungen, so kommt man mit Recht zu der Auffassung, daß bei der Erreichung des organisatorischen Zieles der Sparten der Verband, der Bildungsverband wie die Gefelligkeitsvereine nur noch kampfunfähige Dach-organisationen sind, daß wir eine Organisation in mehrere zerfälligen, also zerstückelten.

Wir sehen beispielsweise, daß jede Sparte für sich wirt-schaftliche und gewerkschaftliche Fragen behandelt durch Vorträge, Entschlüsse und Kampfmaßnahmen (Zeil-streiks). Das ist ureigenstes Gebiet des Verbandes. Jede Sparte fördert die Bildungsbestrebungen ihrer Mitglieder durch Vorträge, Besichtigungen, Diskussionen, Sparten-organe usw. Das ist aber wieder Aufgabe des Bildungs-verbandes und seiner umfangreicheren, allen Sparten dienenden Zeitschriften. Jede Sparte feiert Feste, was wiederum dem Gefelligkeitsvereinen Werkkraft und Bedeutung nimmt. Und das Begehrteste ist eben, daß jeder Spartenvorstand immer noch mehr bieten möchte, sowohl im gewerkschaftlichen, wie im sachtechnischen und im unter-haltenden Sinne, wenn nur mehr Geld und teilweise auch mehr Beteiligung vorhanden wäre. Daß bei einer Be-lebung, einem Ausbau und einem größeren Interesse für die drei Grundorganisationen eine Sparten-Gründung über-flüssig war, wird einleuchten. Man konnte wohl in losen Fraktionen seine Sonderinteressen in allen drei Organi-sationen fördern, aber man durfte nicht zu festen Unter-organisationen kommen, Beiträge erheben, Zentralschaffungen, Spartenorgane herausgeben. Das war tatsächliche Zerplitterung, und es ist unmöglich zu beweisen, daß dieser Schritt die Schlagkraft des Verbandes, wie der Leistungs-fähigkeit des Bildungsverbandes und der Kollegialität und Harmonie dienete. Wenn man den Schaben besticht, kommt man zu der Auffassung, daß die Sparten mit einer sanfteren RWD ziemlich Ähnlichkeit haben. Als der liebe Gott zu uns kam, erließ er seine Hausordnung, deren erster Paragraph lautet: „Ich bin der Herr dein Gott, du sollst keine andern Götter haben neben mir.“ Er wußte ganz genau, daß er nur herrschen, wirken und sich stärken kann, wenn er konzentriert ist.

Der fast restlose Zusammenschluß aller Buchdrucker-gehilfen ließ eine Ausbehnung kaum noch zu, aber die Ver-teilung in die Grundidee des Verbandes, daß nur die festeste Geschlossenheit einer Organisation zum Siege ver-hilft, war ungenügend. Daher kam es zu einem Zerlauben an Sparten, von denen sinnwidrig behauptet wird, daß sie die drei Grundorganisationen fördern, während ihre Aus-wirkung das Gegenteil beweist. Wenn aber die Sparten die drei Grundorganisationen als fundamentalen Überbegriff ansehen, dann müssen die Sparten auch einsehen, daß sie als Organisation überflüssig sind. Wer den kleinen Ver-bandsbeitrag, den Spartenbeitrag extra zahlt, will etwas für sein Geld haben. Man kann aber nur etwas geben, was man auch durch den großen Verbandsbeitrag erhalten kann. Die Sparten sind deshalb auch überflüssige Ausgaben-gelegenheiten.

Wirtschaftliche und gewerkschaftliche Interessen berech-tigen noch nicht zu einer Sparten-Gründung. Wenn eine Gruppe in loser Fraktion Gedanken formuliert, die eine be-sonders loyale Berücksichtigung der Spartenkollegen er-zelben, so garantiert die stets gezeigte Kollegialität im Verband dafür, daß solche Anträge gefälligen oder egoisti-schen Gründen zuliebe nicht niedergestimmt werden. Daß sich die Stereotypen für Bremszylinder-Kolbenstangen-begriffe der Linotypenleger interessieren ist ebenso unwar-

scheinlich, wie sich die Drucker für das Bindestrichproblem der Korrekturen oder den modernen Stil der Utensilien ober die Berechnungen der Handseger erwärmen werden. Daß aber durch fraktions- oder spartenweise Wespensungen in den Bildungsverbandsaufnahmefunktionen auch jeder auf seine Rechnung kommen kann vor Bildungshunger ist, wird glaubhaft sein. Durch Anträge bei der Arbeits-programmgestaltung in den VdDB-Ortsgruppen, durch noch größeren Ausbau des „Graphischen Betriebs“ würde den Spartenwünschen sicher besser Rechnung getragen, weil die Mittel — besonders beim VdDB — viel größer und reichhaltiger sind als in den Sparten und deren zer-zettelten Kassen. Die Monats- und Generalversammlungen der Sparten sind einschneidend für chronischen Korn usw. ernstzunehmende Nebenausgaben, die, mit allem andern zusammengekommen, den Wert der Sparte übersteigen. Und dann legt die Sparte Gewicht auf „ihre“ Feste und Veranstaltungen. Es wirkt befremdend, wenn die Ma-schinenten einen Himmelfahrtsausflug, die Drucker ein Sommerfest und die Handseger einen Dampferausflug machen, wodurch die Stereotypen und Korrekturen vor der Alternative stehen, ebenfalls „allein“ zu feiern. Das alles könnte aber durch einen zusammenfassenden Gesell-schaftsverein, meistens Gesangsverein, gefördert werden. Ob man nur im kleinen Ort gemühtlich zusammensteht oder in der Berliner „Neuen Welt“ feiert, wertvoll bleibt immer, du bist unter Verbandskollegen. Das Wort „Sparten-kollege“ klingt eigenartig und — richtig.

Der Verbandstag wird nicht umhin können, die Sparten-frage gründlich zu entscheiden. Der Vertretertag des Bil-dungsverbandes in Erfurt muß bereits die Initiative ergreifen und den Weg zeigen, wo wir uns wieder zusammen-finden können zu einer geschlossenen fruchtbringenden Einigkeit im Verband, im Bildungsverband und im Ge-selligkeitsverein, dann wird auch die Ursache der gewissen Uneinigkeit behoben sein.

K. M a h l o.

Gewerkschaftsfront gegen sozialpolitische Reaktion

Der Ansturm der privatkapitalistischen Scharfmacher gegen den geschichtlichen sozialpolitischen Schutz der deutschen Arbeiterschaft wäre von den Gewerkschaften aller Richtun-gen schon längst mit einer gemeinsamen Abwehr beant-wortet worden, wenn sich die sogenannten bürgerlichen Gewerkschaftsrichtungen nicht erst jetzt zu einer Verteidi-gung der Unfall- und Invalidenversicherung bereit erklärt hätten. Es ist dadurch die Möglichkeit einer gemeinsamen Eingabe aller Spitzengewerkschaften an die Reichs-regierung möglich geworden, die zugleich eine erste Warnung an den Reichsarbeitsminister darstellt.

Die Gewerkschaften befehlen in dem allgemeinen Teil ihrer Eingabe zunächst mit einigen wichtigen Feststellun-gen das Kampffeld: Die Leistungen der Sozialversicherung sind bereits über das tragbare Maß hinaus eingeschränkt, so daß weitere Einschränkungen die Existenz der Arbeiter in Frage stellen. Die hohen Gesamtkommen der Sozial-versicherung setzen sich aus außerordentlich vielen Einzel-leistungen zusammen. Hinter den großen Zahlen steht aber die Not der Renten- und Unterstützungsempfänger. Die Invalidenrente beträgt in Deutschland im Durchschnitt 36 Mark im Monat. Die Witwenrenten, die auch nur an invalide Witwen gezahlt werden, sind entsprechend kleiner, und noch kleiner sind die Waisenrenten. Not und Elend sind durchwegs die Begleiter der Rentenempfänger. Trotzdem ist von Unternehmerseite die Forderung aufgestellt wor-den, die Invalidenrenten um etwa 30 Proz. zu kürzen. Zu der Unfallversicherung bilden die kleinen Renten, die nach dem Wunsche der Unternehmer verschwinden sollen, für den Arbeiter durchaus keine Lappalie. Die Abschneidung hat sich ohnehin dahin entwickelt, daß selbst für verhältnis-mäßig schwere Verletzungen nur kleine Renten ge-zahlt werden. Dazu kommt, daß bei den heutigen Beschäf-tigten auf dem Arbeitsmarkt die Begleiter der kleinen Unfallrenten keine Arbeit mehr bekommen. Wenn es rich-tig ist, daß Deutschlands Leistung vor allem in seiner Arbeitskraft besteht, dann muß diese Arbeitskraft auch erhalten werden. Durch den Sozialabbau wird sie nicht erhalten.

Gegenüber der Forderung der Unternehmer auf Leistungsabbau in der Unfallversicherung betont die Ein-gabe: Die Gesamtausgaben in der Unfallversicherung für

das Jahr 1929 betragen 410 710 400 Mark. Das dafür erforderliche Umlagegeld bestie sich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 12,47 Mark pro laufendem Mark der Umlage zugrunde gelegten Löhne. Die Befragung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist wesentlich geringer. Sie beläuft sich auf nur ein knappes Drittel der Umlagen der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Für Entschädigung wurden im Jahre 1929 340 680 300 Mark verausgabt. Dieser Betrag mußte jedoch unter 1 025 203 Rentenempfängern aufgeteilt werden. Angefichts einer Zahl von rund 24 Millionen Versicherten ist die Zahl von rund 1 Million Rentenempfängern als nicht zu hoch zu bezeichnen. Wenn bei einzelnen Trägern der Unfallversicherung vorübergehend eine höhere Umlage als in normalen Zeiten zur Deckung der laufenden Ausgaben erhoben werden muß, dann rechtfertigt das noch nicht einen allgemeinen Abbau der Renten. Dieser bei einzelnen Berufsgenossenschaften zur Zeit bestehende Mangel könnte mit der Einführung einer Gemeinlast der Versicherungsträger überbrückt werden, ähnlich wie sie bereits bei der Invalidenversicherung besteht. Eine zwangsweise Wfindung der Renten von 25 Proz. abwärts und ebenso eine Heraushebung der Invaliditätsgrenze bei Witwen von Unfallverletzten wären in ihrer Auswirkung von verheerenden Folgen. Sie würden die Rentenbesitzer nur zu den Wohlfahrtskassen der Gemeinden drängen. Erparnismöglichkeiten lägen in einer Zusammenlegung kleinerer Berufsgenossenschaften oder in ihrer Angliederung an größere und in einem Abbau der Verwaltungsstellen, die zur Zeit 10,07 Proz. der Gesamtausgaben verschlingen — ein Satz, der, gemessen an den Verwaltungskosten der anderen Zweige der Sozialversicherung, außerordentlich hoch ist. Verhältnismäßig gering dagegen ist die Summe von rund 8 Millionen von 410 Millionen für Verhütung von Unfällen. Eine Reform der Unfallversicherung erscheint auch den Gewerkschaften notwendig. Vor allem halten sie für erforderlich zweckentprechende Ausdehnung des Geltungsbereichs der Unfallversicherung, Einführung einer Gemeinlast für alle Träger der Unfallversicherung, dreites Verbesserung der Unfallverhütung und maßgebende Mitwirkung der Versicherten im Sinne des Art. 161 der Reichsverfassung.

In der Frage der Invalidenversicherung verweisen die Gewerkschaften auf die sehr ernste Lage, daß sich 30 Proz. der Sozialrentner sowieso bereits in öffentlicher Fürsorge befinden, weil die Renten der Invalidenversicherung nicht ausreichen. Sie empfehlen, sofern eine Sanierung auf dem von ihnen gezeigten Weg in der gegenwärtigen Notzeit nicht erreicht werden kann, eine Neuordnung bis zu günstigeren Zeitverhältnissen zu vertragen, da die Vermögenslage der Invalidenversicherung eine vorläufige Hinauszögerung der notwendigen Sanierung durchaus gestatte. Es liege kein Grund vor, die jetzige Situation als Katastrophe zu betrachten, unter deren Zwangsgebot eine sofortige Kürzung der Rentenhöhe als einzig gangbarer Ausweg vorzunehmen wäre. Kein Arbeiter könne für eine solche Maßnahme Verständnis aufbringen. Bei eintretenden besonders großen Schwierigkeiten einzelner Landesversicherungsanstalten wäre sorgfältig zu prüfen, ob diese Schwierigkeiten nicht durch allzu starke Finanzprognose des Vermögensbestandes der Anstalt durch den Garantieverband entstanden sind. Es gebe Anstalten, die von Provinzverwaltungen als Teile ihrer Verwaltung betrachtet würden und deren Mittel ohne Mitwirkung der Versicherten in ganz erheblichen Festanlagen im Provinzialinteresse in Anspruch genommen worden seien. Die Garantieverpflichtung hingegen sei bisher nie wirksam geworden.

Die Gewerkschaften machen diesen Hinweis, weil mit den Plänen zur Länderreform auch eine weitere organisierte Beschäftigung der Invalidenversicherung mit den verschiedenen Fürsorgezweigen zur Erörterung gekommen ist. Die von der Länderkonferenz geplante noch weitere Veroppelung der Invalidenversicherung mit der Fürsorge würde nach der Auffassung der Spitzenorganisationen eine weitere Finanzprognose der Mittel der Versicherung zu reinen Fürsorgezwecken bedeuten, obwohl sie jetzt schon eine Reihe solcher Fürsorgeleistungen zu tragen hat. Zu tiefen rein fürsorglichen Lasten treten dann noch erhebliche Schäden aus der Inflation sowie bedeutende als Kriegsfolgen betrachtete Rentenlasten. Die Gewerkschaften halten es für ein Unrecht, daß unter solchen Umständen der Versicherung Reichsmittel entzogen werden. Dem beitragszahlenden Invalidenversicherten würden Sonderlasten aufgebürdet für Folgen politischer und wirtschaftlicher Katastrophen, deren Schäden von der Gesamtheit des Volkes zu tragen seien. Sollten zum Ausgleich des zeitweiligen Ausfalles der Reichsmittel nun auch noch den Rentenempfängern die Beiträge gefürzt werden, so würde die Arbeiterwelt darin doppeltes Unrecht erblicken müssen.

Verlustquellen durch Rationalisierung

Rationalisierung hat zum Ziel, den Wirkungsgrad menschlicher Arbeitskraft zu erhöhen. Voraussetzung ist die Ausmerzung jener Verluste, wie sie durch unvollkommene technische Ausrüstung und schlechte Arbeitsorganisation entstehen. Für den einzelnen Unternehmer, der im Kapitalismus als Träger der Produktion zugleich auch Träger der Rationalisierung ist, ist die Steigerung der Rentabilität der Unternehmung der entscheidende und alleinige Gesichtspunkt. Ist die Erparnis der Arbeitskosten, die die Rationalisierung bewirkt, größer als der Mehraufwand an fixen Kosten, so wird sie durchgeführt, ohne daß das Schicksal der freigesetzten Arbeitskräfte eine Rolle spielt. Dieses hat seine Ursache im kapitalistischen Lohnsystem, dessen Wesen darin besteht, daß der Unternehmer die Ar-

beitskraft nur solange bezahlt, als er sie beschäftigt. Braucht er die Arbeitskraft nicht mehr, so überläßt er die Sorge für die Erhaltung der Arbeitskraft der Gesellschaft. Wir haben daher zu unterscheiden zwischen privatwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Kostenrechnung. Die kapitalistische Rationalisierung zeigt immer die Tendenz zur gesellschaftlichen Fehlrationalisierung zu werden, da der Kapitalist die Rationalisierung bis hart an die Grenze herantreibt, bei der der Mehraufwand an fixen Kosten der Erparnis an Arbeitslohn gleichkommt. Der Zuwachs an Gütern, den die Gesellschaft der Steigerung der Produktivität der Arbeit verdankt, bleibt zurück hinter dem Mehraufwand an Gütern, den die Erhaltung der durch die Rationalisierung brachgelegten Arbeitskräfte erfordert. Der Reinertrag der gesellschaftlichen Arbeit wird durch die Rationalisierung nicht vergrößert, sondern gesenkt, nur der einzelne Unternehmer wird reicher, die Gesellschaft dagegen ärmer.

Neben diesen Verlusten gibt es aber auch noch andre Verlustquellen, die ebenfalls tief im Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung begründet sind und nur mit ihr beseitigt werden können. Ursache dieser Verluste ist die Tatsache, daß der Kapitalismus die Erneuerung, Erweiterung und technische Vervollkommnung des Produktionsapparates nicht planmäßig und gleichmäßig auf die einzelnen Jahre zu verteilen vermag, sondern sie auf wenige Jahre der Konjunktur zusammenbringt, um sie dann für Jahre der Depression zu unterbrechen. Das Auf und Ab des kapitalistischen Produktionsprozesses, die Schwankungen der Konjunktur bewirken, daß die Jahre des guten Geschäftsganges und mit übersteigter Arbeitsanpannung abgeflößt werden von Zeiten, in denen Millionen Arbeitskräfte nicht ausgenutzt werden, hundertaufende Maschinen stillstehen. Auf die Rationalisierungsjahre folgt die Rationalisierungsstille, die, wie wir es gegenwärtig erleben, um so heftiger und tiefgreifender die Volkswirtschaft erschüttert, je größer Ausmaß und Wirkung der technischen Anwandlungen vorher waren. Ein gewaltiger Aufwand an menschlicher Arbeit und wertvollem Kapital ist in der Zeit der Rationalisierungsjahre zum Bau der neuen Anlagen, Maschinen und Gebäude nutzlos verthan worden. Denn auf Jahre hinaus liegen die neu geschaffenen Anlagen still oder werden nur zum geringsten Teil ausgenutzt. Die gewaltige Steigerung der Produktivität der Arbeit ist nicht der Lebenshaltung der großen Massen zugute gekommen.

Diese Fehlrationalisierung ist aber nicht nur Fehlrationalisierung vom Standpunkt der Gesellschaft, sondern auch vom Standpunkt des kapitalistischen Unternehmers. So lange das Leistungsvermögen der vervollkommenen und ausgebauten Maschinerie voll ausgenutzt werden konnte, arbeitete sie billiger als die zwar wohlfeile, aber rüdfällige Maschinerie der nicht rationalisierten Unternehmung. In der Krise, die nur einem Teil der Anlage Beschäftigung gibt, müssen jedoch die Unternehmer die bittere Erfahrung machen, daß der durchrationalisierte Betrieb mit seinen hohen fixen Kosten, die in ihrer Höhe unabhängig sind von der Größe der Produktion, teurer arbeitet als der technisch weniger vollkommene Betriebsapparat mit niedrigen fixen Kosten. Es zeigt sich, daß der Rationalisierungsaufwand die Gesellschaftsleistung gesenkt, sondern erhöht hat, daß dieser Aufwand also unproduktiv, eine Vergeudung von Kraft und Stoff war.

In der Krise verändern sich nicht nur die Abgabemengen, sondern auch die Preise. Die Erweiterung der Anlagen, die Errichtung neuer Unternehmungen war geschehen auf der Grundlage der hohen Preise während der Konjunktur. Jetzt, wo die Preise sinken, werden viele der neuen Anlagen unrentabel und müssen verschwinden, so daß der große Arbeits- und Kapitalaufwand, der zu ihrer Errichtung notwendig war, nutzlos verthan wurde. Der Monopolkapitalismus, gekennzeichnet durch das Aufkommen gewaltiger Unternehmungsorganisationen in Form von Kartellen, Kongernen und Trusts, bringt weitere Verlustquellen. Um die mit Hilfe der hohen Monopolgewinne übermäßig ausgebauten Anlagen auszunutzen zu können, kaufen die großen Betriebe die schwächeren auf. Auch die freie Konkurrenzwirtschaft kennt diesen Vorgang, aber in sehr veränderter Form. Denn während im Zustand der freien Konkurrenz die Konzentration der Produktion auf die günstigsten Produktionsstellen erfolgt durch Niederkonkurrieren und Vernichtung privater Vermögensmacht, geschieht im Monopolkapitalismus diese Ausfaltung durch Entschädigung der Besitzer der stillgelegten Unternehmungen unter Aufrechterhaltung ihrer Vermögen. Jetzt aber belastet die Verzinsung und Amortisation des Kaufpreises, der an die Eigentümer der stillgelegten Betriebe entrichtet wurde, die Produktion und führt zu einem künstlich überhöhten Preisniveau, das eine ungeheure Belastung der Verbrauchermassen darstellt. Die „negative Rationalisierung“, wie man die Ausmerzungen der technisch rückfälligen Betriebe auf diesem Wege zu nennen pflegt, hat gerade in unsern Tagen ein volkswirtschaftlich untragbares Ausmaß angenommen.

Zugleich vergrößern die Schwankungen des kapitalistischen Geschäftsganges, das Auf und Ab der Konjunktur, die Kosten des Verteilungsapparates, der übermäßig anwachst. Die Vergrößerung des Verteilungsapparates erfolgt nicht nur in der Konjunktur mit dem Anwachsen der Produktionszahlen, sondern gerade auch in der Zeit der Wirtschaftskrise. Je mehr der Absatz zurückgeht, desto mehr wachsen die Anstrengungen, durch eine verstärkte Propaganda, eine ins Nischenhafte anshwellende Reklame, den Absatz der eigenen Produkte gegen konkurrierende Erzeugnisse anderer Unternehmungen durchzuführen. Überall Verlustquellen der Wirtschaft, die die

kapitalistische Rationalisierung nicht zu beseitigen vermag. Überall Schranken der Rationalisierung, die so lange bestehen werden, wie die kapitalistische Anarchie, die Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise anhalten. Erst eine sozialistische Gemeinwirtschaft, die die Spekulation, das Profitstreben und die private Willkür überwunden hat, vermag diese Schranken zu durchstoßen und der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit ein Ausmaß zu geben, das für immer dem Kapitalismus verwehrt bleibt. E. N.

Preisabbau — wo?

Davon hört man jetzt in allen Zeitungen und Versammlungen. Selbst bei Behörden werden Abbaumassnahmen besprochen, die jedenfalls zu keinem Ergebnis führen, da man sich meines Erachtens gar nicht durchzusehen versteht. Einige Markenartikelfirmen haben sich zu kleinem Abbau in Pfennigen aufgeschwungen, so daß man zu der Ansicht kommt, daß dies bei weniger Reklame schon früher hätte durchgeführt werden können. Die meisten Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände dürfen gar nicht zu billigeren Preisen abgegeben werden, da die Trusts und Syndikate durch eisernen Zusammenschluß dafür gesorgt haben, daß die Waren nur zu den von ihnen festgesetzten Preisen verkauft werden. Verzicht der Kleinhändler und Handwerker dagegen, so kommt er auf die schwarze Liste und wird von der Belieferung ausgeschlossen. Sie sind also auf Gnade und Ungnade dem Unternehmertum ausgeliefert. In der letzten Zeit ist dies noch viel schlimmer geworden, da die Trusts und Syndikate gar zu gerne die großen Inflationsgewinne beibehalten wollen, statt abzubauen. Recht bezeichnend ist es, daß die Regierung Bräunung zuerst die Löhne und Gehälter abgebaut hat, statt umgekehrt zuerst die Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände zu verbilligen, ohne den Arbeiter, Angestellten und Beamten die Möglichkeit zu bieten, ihre ausgeehrten Spargroschen wieder einigermaßen aufzufrischen und sie dadurch kaufkräftig zu machen, um die Wirtschaft wieder dadurch beleben zu können. So wie es jetzt gemacht wird, ist es unentbehrlich, die Wirtschaft wieder zu beleben.

Es geht aber anscheinend der „Wirtschaft“ gar nicht so schlecht, wie es immer hingestellt wird. Sieht man heute noch Bäcker, Metzger oder Kaufleute mit Handarren fahren? Jetzt haben alle Autos oder Fahrzeuge; auch die vielen modernisierten Um- und Neubauten sind doch eigentlich Beweise, daß immer noch Geld verdient werden muß, sonst ließe sich das gar nicht durchführen.

In den großen Betrieben und Unternehmungen sieht es noch viel trauriger aus. Es heißt, es sei kein Geld im Lande, alles wurde weggekauert! Nein, der größte Teil der Reingewinne und viele Privatvermögen wurden für Fabrikneuerbindungen und Beteiligungen im Ausland angelegt. Durch diese Geldebwanderung gehen dem Staat viele Steuern verloren, da diese Kapitalien unfontrollierbar sind. Betrachten wir uns ferner die Gehälter beim Siemens-Konzern. Da haben 25 Direktoren ein Jahresgehalt von 12½ Millionen Mark. Dagegen 10 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte nur 25 Millionen Mark Lohn, also verdienen 10 000 Menschen nur doppelt soviel als 25 Menschen. Das kennzeichnet so recht die Wirtschaft, die die Löhne abbauen „muß“, damit einige Direktoren Riesengehälter einstecken können. Und so könnte man noch Tausende von Beispielen anführen. Nehmen wir z. B. die 65 Millionen Einwohner Deutschlands an, von denen 20 Millionen nur 130 bis 140 M. haben und 3½ Millionen Menschen nur 450 M. monatlich verdienen, während 30 000 Menschen in gleicher Zeit 12½ bis 15 000 M. haben. Von diesen 30 000 haben 5000 durchschnittlich 200 000 M. jährlich. Es ist nicht zu verstehen, warum nicht diese Zahlen zur Grundlage eines Finanzplanes von Seiten der Regierung Bräunung und Dietrich genommen werden. Warum müssen diese 32½ Millionen Menschen die Lasten tragen, und nicht jene 30 000, die im überflüssig leben? Daß dies auch im Ausland ganz entschieden verurteilt wird, wurde mit bei einem Aufenthalt in der Schweiz so recht vor Augen geführt, indem Schweizer Bürger sich über die ungerechte Verteilung der Steuern in Deutschland sehr erregt unterhielten und verurteilten, daß geringe Einkommen mit durchschnittlich 6 Proz., hingegen 500 000 M. nur mit 500 M. herangezogen werden. Sie vertreten mit Recht die Ansicht, daß diese Einkommen mit mindestens von 5000 M. bis 10 000 M. herangezogen werden müßten. Das würde eher einer gerechten Verteilung der Lasten entsprechen. Wir als Arbeiter, Angestellte und Beamte sind mit schuld an diesem trostlosen Zustand, warum lassen wir uns alles so ruhig gefallen. Wir müssen uns alle, Arbeiter, Angestellte und Beamte in einer Einheitsfront zusammenschließen, um dies abzuwenden zu können. Leider sind wir Arbeiter nicht einzig in dieser Frage, zum Gaudium der Unternehmer, die stets in solchen Fragen eine geschlossene Front darstellen und uns inselgedessen zu Lohnsklaven herabwürdigten.

Wo ist also der Hebel anzusetzen: Am Abbau der Preise für Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände, bevor die Löhne und Gehälter herabgesetzt werden. Am Großgewinn des Großkapitals durch Preisprüfungsstellen und zwangsweise Begrenzungen. An viel zu hohen Direktorengehältern, Aufsichtsratsstimmern und Pensionen. Aber so ist es immer in Deutschland, der Gaul wird am Schwanz aufgesäumt statt am Kopf, und am Streichholz fängt man an zu sparen.

Die Reichsregierung belastet zuerst die große, breite, minderbemittelte Masse, bevor sie dahin geht, wo etwas zu holen ist.
Bad Kreuznach. Otto Gotthardt.

Son der Wanderschaft

Ihr glücklichen Augen,
Was je ihr erleben,
Es sei wie es wolle,
Es war doch so schön!
(Goethe, Faust II.)

Als ich den Artikel des Kollegen Maslio in Nr. 40 des „Korr.“ gelesen hatte, lachte mir vor lauter Freude so recht das Herz im Leibe. Ja, die Wege vor dem Kriege war bestimmt schön, und warum soll sie heute nicht mehr schön sein? Früher kannte man keine solchen Jugendbergsorgen für die Arbeiterklasse. Wie oft haben wir in alten, verzuhrten Pennen übernachtet, wo liebe kleine Tierchen sich manchmal ein Stelldichein gaben. Aber trotzdemem wanderten wir am andern Morgen mit Freunden der Sonn' entgegen, obgleich die peluniäre Lage mitunter alles andere als rosig war. Wegen 75 Pf., die zwei „Ruden“ in einer schleswig-holsteinischen Stadt als Baktikum zahlten, machten wir einst auf unsrer Reiseroute einen Umweg von 19 Kilometern. Sogenannte „Spezjäger“ und „Monarchen“ haben die Landstrassen stets bevölkert. Was heißt überhaupt „Spezjäger“? Es sind arme, vom Schicksal verschlagene Menschen. Und wenn Jean Paul sagt: „Unter den Menschen und den Vordorfer Äpfeln sind die glatten nicht immer die besten, sondern die rauhen mit einigen Warzen“, so hat er damit recht. Sie waren nicht die schlechtesten, die alten Spezjäger, und auch nicht die dümmsten. Für manchen jungen Kollegen bildeten sie das reinste Konversationslegion.

Die Hauptfrage auf der „Tippelci“ sind kräftige Weine und geordnete „Flebben“, dann hat man bestimmt nichts zu fürchten. Die Welt hat immer neue Reize, und es gibt gar vieles zu bewundern, woran man noch in späteren Jahren seine helle Freude hat. Wohl dem, der sich einer schönen Wanderschaft erinnern kann. Später, wenn man eine Familie hat, hört alles auf; dann erbt beginnt der Kampf ums Dasein. Wer nicht in jungen Jahren zum Wanderflak greift, dem bleiben die Schönheiten und Sehenswürdigkeiten anderer Länder und Städte auf ewig verschlossen.

Also frischen Mut, junge Kollegen! Wandern schärft Sinn und Verstand. Der Dichter sagt: „Was ich nicht erlernt habe, das habe ich mir erwandert!“. Darum hinaus ins blühende Land, in die sonnige Gottesnatur. Grüßt die Berge und Wälder, die Täler und Höfen! Und grüßt jeden „Ruden“, der euch begegnet, mit dem alten vertraulichen „Servus“, auch wenn es ein „Spezjäger“ ist.

Köln. Hermann Radbaj.

Die Sozialversicherung im Auslande

In Osterreich wurde infolge der einhelligen Stellungnahme der Arbeiter, insbesondere des energischen Protestes der freigewerkschaftlichen Arbeiter, der Angriff gegen die Sozialversicherung wenigstens vorläufig abgewehrt. Bundesminister Dr. Resch mußte zurücktreten. Dergzeit befaßt sich die Regierung nur mit dem Plane des Wsbans der Arbeitslosenversicherung; die Reformentwürfe, die die gesamte Sozialversicherung zu verschlechtern beabsichtigen, hat man zurückgestellt. Das Problem der Arbeitslosenversicherung ist in Osterreich deshalb besonders schwierig, da die Gemeindefinanzen sehr zerrüttet sind und es eine ausgebauten Wohlfahrtspflege in den Gemeinden nicht gibt.

Nicht nur in Deutschland und in Osterreich, auch in England laufen die Unternehmer gegen die Sozialversicherung Sturm. In einer Denkschrift der nationalen Vereinigung der Unternehmerverbände wird ein wesentlicher Abbau der Arbeitslosenversicherung verlangt. In der sozialreaktionären Presse wird die Behauptung aufgestellt, daß die soziale Belastung der englischen Bürger einen viel höheren Grad erreichte als die der deutschen. Auf Grund

des Weißbuches über die sozialen Ausgaben in Großbritannien ist festzustellen, daß nur ein geringer Teil der sozialen Gesamtbelastung Englands durch Beiträge der Unternehmer und Arbeiter aufgebracht wird. Die sozialen Beiträge belaufen sich insgesamt nur auf 5,5 Proz. des Lohnes in England gegenüber 17 bis 18 Proz. des Lohnes in Deutschland. Der größte Teil der englischen sozialen Belastung wird aus allgemeinen Steuermitteln bestritten. Wenn wir indes das englische Nationaleinkommen mit dem deutschen vergleichen, dann ergibt sich, daß in England ein geringerer Prozentsatz des Volkseinkommens auf soziale Zwecke verwendet wird als in Deutschland. Die britische Krankenversicherung steht unter dem Niveau der deutschen. Die Ausgaben der Krankenversicherung sind in England pro Kopf nicht halb so hoch wie in Deutschland. Sachärztliche Hilfe und Krankenhausbehandlung werden nicht gewährt.

In Belgien erhob die Spitzenorganisation der Industriellen und wirtschaftlichen Verbände gegen den Plan der Einführung der Sozialversicherungen Einspruch. Erst wenn der Sturm der Weltkrise vorbei sei, könne das belgische Parlament an die Aufgaben der Sozialversicherung herangehen. Der Verband der bulgarischen Industrie verlangte mit der Berufung auf die hohe soziale Belastung des Landes eine Verringerung der sozialen Aufwendungen auf der ganzen Linie.

In Italien haben die Unternehmer wenig Grund sich zu beklagen. Nach dem Berichte des Generaldirektors der Landestasse für Sozialversicherung sind von ungefähr 750 000 Arbeitslosen nur rund 200 000 unterfüllungsberechtigt. Die Unterstützung, die auf die Dauer von drei Monaten gewährt wird, beläuft sich pro Tag auf etwa 80 Pfennig. Die private Wohlfahrtspflege befreit zum Großteil die Massen der italienischen Arbeitslosigkeit. In Italien gibt es keine obligatorische Krankenversicherung, nur eine obligatorische Tuberkulosenversicherung. Vom 1. Januar 1929 bis 30. April 1930 wurden 30 000 Tuberkulosekranke behandelt und gepflegt, am 30. April waren 15 000 Kranke noch in Behandlung. In staatlichen Sanatorien und Erholungsheimen stehen aber nur 8856 Betten zur Verfügung. Der Mutterstich wurde nur kurzem ausgegeben. Den Müttern wird eine einmalige Wochenhilfe von 150 Lire zugesichert.

Obwohl die allgemeine Tendenz sich in der Richtung des Abbans der Sozialversicherung bewegt, wird in einzelnen Ländern die Sozialversicherung trotz der Krise ausgebaut. In der Schweiz wurde das Gesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom Ständerat angenommen. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird vom Bundesrat festgelegt, sobald die für die Bestreitung der Ausgaben des Bundes nötigen Mittel aus der fiskalischen Belastung des Tabaks und der gebrannten Wasser zur Verfügung stehen und den Kantonen ihr geschätzter Anteil an den Einnahmen aus der Belastung der gebrannten Wasser zufließt.

Besonders stark ist die Bestrebung nach der Schaffung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung in den Vereinigten Staaten. Dergzeit gibt es nur eine freiwillige Arbeitslosenversicherung für ungefähr 1,6 Proz. der Lohnempfänger. Nur ein äußerst geringer Teil der Arbeitgeber war gewillt, sich an den Lasten der Arbeitslosenversicherung zu beteiligen. Verschiedene Reformprojekte tauchen auf. Ein Teil der Pläne will die Kosten der Arbeitslosenversicherung hauptsächlich dem Arbeitgeber auferlegen. Man erwartet von dieser Maßnahme die Einschränkung der Entlassungen. Die sozialistische Partei fordert, daß die Hälfte des Aufwandes von den Arbeitgebern, die andre Hälfte vom Staate aufgebracht werde. Andre Anträge schlagen neben der Heranziehung der Arbeitgeber die der Arbeitnehmer vor. In dem auktoralischen Bundesstaate Victoria wird nach einem neuen Gesetze die Arbeitslosenunterstützung aus einer besondern Einkommensteuer bestritten.

Wie das Internationale Arbeitsamt feststellt, stieg seit 1919 — im Jahre 1919 empfahl die Internationale Arbeitskonferenz in Washington die Einführung der Arbeitslosenversicherung — die Zahl der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen von etwa 5 Millionen auf 47,5 Millionen. In den zehn Ländern, wo es einen gesetzlichen Versicherungszwang gibt, werden von der Arbeitslosenversicherung etwa 44,8 Millionen erfasst, in acht Ländern mit freiwilliger Versicherung insgesamt 2,8 Millionen. Das Internationale Sozialversicherungsratungsrat erfährt durch den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Osterreich eine Ergänzung. Es gab zwischen den beiden Ländern ein Sozialversicherungsübereinkommen, dieses mußte aber mit Rücksicht auf verschiedene Änderungen der Sozialversicherungsregelung in Deutschland und in Osterreich neu bearbeitet werden. Der neue Vertrag wird in bezug auf die Invalidenversicherung erst dann in Kraft treten, wenn das österreichische Arbeitsversicherungsrecht und das österreichische Landarbeiterversicherungsrecht voll in Kraft gesetzt wird. Zwischen Osterreich und Jugoslawien wird ein Sozialversicherungsübereinkommen vorbereitet. Der Völkerbundsrat berief die Regierungen der europäischen Staaten zu einer technischen Konferenz über Fragen des Gesundheitswesens auf dem Lande ein. Aus Hygienikern, Vertretern der landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und Vertretern der Sozialversicherungsträger werden die Delegationen bestehen.

Korrespondenzen

Bamberg. In unserer Quartalsversammlung am 2. Mai wurden u. a. zwei sehr lehrreiche und interessante Vorträge gehalten: 1. „Bamberg politische Geschichte in den letzten hundert Jahren“ und 2. „Bamberg hat die sozialdemokratische Stadtratsfraktion der Einführung der Bürger- und Getränkesteuer zugestimmt“. In seinen Begrüßungsworten mußte Vorsitzender Schüller sein Bedauern über den schiefen Verlauf ausprechen. Vielen Kollegen scheint eben das Schimpfen über die neuen Steuern am Rasten und der Mahnung in den Betrieben besser zu gefallen, als in einer Versammlung sich durch die Diskussion Aufklärung über kritische Fragen geben zu lassen. Über das erstgenannte Thema referierte der frühere Buchdruckerbestyrger und Senior der Bamberger Buchdruckerbestyrger Schütz. Von der Ader Bewegung ausgehend, berichtete er über alle Wissenswerte bis zur Jetztzeit. Seine Schlussworte galten der Jugend, auf die er alle Hoffnungen setzte. Großer Beifall beehrte die dreiviertelstündigen Ausführungen. Hierauf referierte, vom Vorsitzenden herzlich begrüßt, der Schriftleiter der hiesigen Arbeiterzeitung „Der Freistaat“ über das zweitgenannte Thema. Mit gutem Redner-talent führte er die Versammlung in die Vorgeschiedenheit der Steuern ein und gab ein anschauliches Bild über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion. Zweimal wurde der gefamete Etat abgelehnt, bis durch die Not gezwungen und unter Protest es doch zu seiner Annahme kam. Starker Beifall beehrte auch die Ausführungen dieses Redners. An der Diskussion beteiligten sich sehr viele Kollegen. Besonders stark wurde eine Anfrage nach dem Verbleib der Kirchensteuer behandelt. Der Vorsitzende dankte dem Referenten namens der Versammlung. Nach dem Referat berichtete des Kollegen Herzgen über die Verhandlungen unter „Verständlichem“ noch Beschlüssen der Stadtratsfraktion.

Brieg. Amre am 10. Mai hier abgehaltene Versammlung hatte den guten Besuch von 182 Kollegen aufzuweisen. Der Gesangsverein „Gutenberg“ Briez leitete durch zwei Vieder die Versammlung ein. Vorsitzender Spiewel begrüßte die erschienenen Kollegen, insbesondere den Referenten sowie den Vorsitzenden des Ortsauschusses, Kollegen Deumlich. Drei verstorbenen Kollegen widmete der Vorsitzende einen ehrenden Nachruf. In den Vorstandsberichten wurde u. a. auf die Bestrebungen der Briezlinge im Zeitungsgewerbe hingewiesen, die ihre Mitglieder auffordern, eine technische Hochschule zu organisieren, um bei einer Streikbewegung der Geschlossenheit erfolgreich entgegenzutreten zu können. Für den Klassen-

Vom Willenszwang zur Willensfreiheit

„Ich will“, das Wort ist mächtig,
Spricht's einer erst und still.
Die Sterne zelt's vom Himmel,
Das eine Wort „ich will“!

Diese Worte des Dichters sehen für unsre Handlungen die Willensfreiheit in dem Sinne voraus, daß wir Herr unsres Willens sind. Was verstehen wir im allgemeinen unter „Willensfreiheit“ und wie steht es damit in Wirklichkeit?

Die Frage nach der Freiheit des menschlichen Willens steht ein mit dem Erwachen des sittlichen Bewußtseins des Menschen, und die mannigfachen Versuche, sie zu beantworten, stellen in gewisser Hinsicht einen Gradmesser dar für die jeweilige Kulturhöhe eines Volkes. Darwin hat auch das Problem von der Freiheit des menschlichen Willens schon zu allen Zeiten den denkenden Menschen beschäftigt und ist besonders von philosophischer Seite schon vielfach Gegenstand der Erörterung gewesen.

Von den Propheten des Alten Testaments bis zu Sokrates und Aristoteles, von Cicero bis zum Kirchenvater Augustinus, von den Denkern und Forschern des Mittelalters bis zu den Philosophen und Naturforschern der Neuzeit und Jetztzeit: Kant, Spinoza, Schopenhauer, Nietzsche und Hädel — alle haben sie versucht, das Problem der Willensfreiheit zu lösen und auf die Frage nach der Freiheit des menschlichen Willens eine mit der Wirklichkeit im Einklang stehende Antwort zu geben.

In der schärfsten Weise hat sich wohl Schopenhauer (um 1800) mit dem Problem der Willensfreiheit auseinandergesetzt. Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Wille das Ursprüngliche ist, daß die Welt Wille ist

und der Mensch Erscheinung dieses Willens, kommt er zu dem Ergebnis, daß jeder Mensch das ist, was er durch seinen Willen ist, der sich im Charakter ausdrückt. „Der tiefste, geheimste Kern unsres Innenlebens, die eigentliche Wurzel unsres Seins ist der Wille, wie auch der Kern der Welt ein Wille ist, ein unsrem Willen verwandter Wille. Nach Schopenhauer ist also der Wille das Bestimmende im Menschen, und eine Willensfreiheit erkennt er grundsätzlich nur dem Willen selbst zu, aber nicht dem Menschen, der nur Objekt des Willens ist. Schopenhauer gesteht aber dem Menschen Handlungsfreiheit in gewissen Grenzen zu; denn „obgleich nur Tier und Mensch (in ihrem Wollen) mit gleicher Notwendigkeit durch die Motive (auf den Willen einwirkende Ursachen) bestimmt werden, so hat doch der Mensch (durch sein Erkenntnisvermögen) eine gewisse Wahlentscheidung vor dem Tier voraus, die aber nichts anderes ist als die Möglichkeit eines durchgesetzten Konflikts zwischen mehreren Motiven, davon das stärkere ihn dann mit Notwendigkeit bestimmt.“

Den „Willen“ Schopenhauers bezeichnet der Moralphilosoph Nietzsche als „Wille zur Macht“. Die Welt ist ein ewiger Wille, und überall, wo Wille ist, will dieser Wille Macht. Jedes Wesen der Welt will sich entfalten, ausdehnen, vergrößern und alles im Wege Stehende überwinden. Auch in dem Menschen lebt ein schaffender Wille. Alle einzelnen Willensregungen und Willensrichtungen haben das eine Ziel, die Macht dieses Willens irgenwie zu vergrößern. Auf diesen einen Grundwillen sind alle Willensbetätigungen zurückzuführen. Sie durchziehen, sie behaupten, sie emporschwingen, das will jeder Wille, und das muß so sein, weil nur auf diese Weise das Leben aufsteigt, sich entwickelt.

Diesen „Willen zur Macht“ anerkennt auch Spengler, der in seinem Werte „Der Untergang des Abendlandes“ betont: Über das tierische Wesen erhebt den Menschen sein Wille zur Macht.

Keinweg absehend in bezug auf eine menschliche Willensfreiheit verhält sich im allgemeinen die Naturwissenschaft. Schon die bedeutendsten Führer der rein materialistischen Anschauung des 18. und 19. Jahrhunderts, Büchner und Laplace, haben die Frage nach der Willensfreiheit verneint, während Leibniz einen mehr vermittelnden Standpunkt einnahm. Hädel aber betont in seinen „Weltkräften“: Der menschliche Wille ist ebenjowenig frei wie derjenige der höheren Tiere, von denen sich ja der Mensch nur dem Grade und nicht der Art nach unterscheidet. Wir wissen jetzt, daß jeder Willensakt ebenjowenig durch die Organisation des wolkenden Individuums bestimmt und ebenjowenig von den jeweiligen Bedingungen der umgebenden Außenwelt abhängig ist, wie jede andre Sockentätigkeit. Der Entschluß zum jedesmaligen Handeln wird durch die Anpassung an die augenblicklichen Umstände gegeben, wobei der stärkste Beweggrund den Ausschlag gibt. — Nach Hädel ist die Willensfreiheit kein Objekt kritischer, wissenschaftlicher Erklärung, da sie als reines Dogma nur auf Täuschung beruht und in Wirklichkeit nicht vorhanden ist.

Im Gegensatz dazu betont aber wieder der Naturforscher E. du Bois-Reymond, daß die Willensfreiheit mit zu den ungelösten Weltkräften gehört: Neben berührend, scheinbar jedem zugänglich, innig verflochten mit den Grundbedingungen der menschlichen Gesellschaft, auf das tiefste eingreifend in die religiösen Überzeugungen, hat diese Frage in der Geistes- und Kulturgeschichte eine Rolle von unermeßlicher Wichtigkeit gespielt, und in ihrer Behand-

berichtet wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Im Anschluß an die Organisationsberichte sprach Redakteur K e n t o w (Breslau) über: „Die schärfste Internationale.“ In leicht verständlicher Weise wurde den Kollegen die Ausbreitung des Faschismus in den verschiedenen Ländern aufgezeigt sowie seine Auswirkung nach Art der Länder beleuchtet. Redner wies nach, daß der schärfste Gedanke am besten in Ländern mit agrarischer Struktur faßt, und die eigentlichen „Massenländer“, England, Dänemark, Skandinavien und Schweden, fast von ihm befreit sind. Denn Faschismus ist Rassistik, wie ja die ganzen Programme dieser Bewegung inhaltlos sind und von dieser Seite nur das Chaos zu erwarten ist. Da die Gewerkschaften, das zeigt das Beispiel Italiens, Ungarns, Polens und auch schon Deutschlands, durch die schärfste Bewegung getroffen werden sollen, muß auch der Gewerkschaftler im Kampf gegen den Faschismus für die Demokratie in vorderster Linie stehen. Die Ruhe und der reiche Beifall der Versammlung zeigten dem Redner, daß sein gut ausgearbeiteter Vortrag bei den Zuhörern angefallen hatte. Nach Feststellung der Anwesenheitsliste regte der Vorstand an, die Herbstbezirksversammlung aus Sparmaßnahmen ausfallen zu lassen und dafür die Bezirksversammlung nächsten Jahr in Jiegenhals oder Neustadt abzuhalten. Die Versammlung schloß sich diesem Vorschlag an und künzte dafür. Für Arbeitslose und Invaliden wurden je 3 M. aus der Bezirksliste bewilligt. Nach gemeinsamer Mittagsstafel und Spaziergang durch die Stadt, fanden sich die Kollegen mit ihren Angehörigen zum gemütlichen Teil zusammen.

Darmstadt. Unsere Bezirksversammlung am 9. Mai hätte einen besseren Besuch aufweisen dürfen. Eingangs gedachte Vorsitzender B o l t a r t eines verstorbenen Kollegen, der über drei Jahrzehnte untrer Organisation angehörte, in ehrenden Worten. Zur Aufnahme standen 12 Neuausgelernete, die alle Mitglieder untrer Lehrlingsabteilung waren. In herzlicher Begrüßung und mit erster Mahnung an die jungen Gesellen, verbunden mit der Überreichung der Verbandsfahnen, vollzog sich deren Aufnahme. Unter „Mittelungen“ wurde bekanntgegeben, daß trotz schwerer Zeit einzelne Betriebsräte die Überlieferung kassierter Beiträge unverantwortlich in die Länge ziehen. Möge dieser Hinweis genügen, diesen Mißstand baldigt zu beheben. Freudig wurden die übermütigsten Grüße aus Tunis (Afrika) untrer Kollegen Gg. Härtung entgegengenommen. Alsdann brachte Kollege B o l t a r t zum Ausdruck, daß der Abbau der Leistungszulagen schärfster Aufmerksamkeit bedürfte, und an Hand von Beispielen wurde gezeigt, daß es auf die Kollegen ankommt, derartigen Forderungen erfolgreich zu begegnen. Die Stellungnahme zum diesjährigen Johannistfest löste eine lebhaftige Aussprache aus, und die Abstimmung ergab mit Dreiviertelmehrheit, eine Johannistfeier, den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, zu arrangieren. Den Bericht über die diesjährige Geßelnsprechung und die Tätigkeit des Sachauschusses erstattete ebenfalls unser Bezirksvorsitzender. Der Prüfung unterzogen sich 26 Prüflinge. Festgestellt wurde, daß es der schlechteste Jahrgang gewesen ist und daß das Hauptkontingent der Prüflinge auf dem flachen Land ausgebildet wurde. Bezeichnend sei, daß gerade die Rechtschreibung sehr viel zu wünschen übrigließ. Der Sachauschluß wird sich aus diesem Grunde an die Aufsichtsbehörden wenden mit dem Ersuchen, das Bemängelte in der vorangehenden Schulbildung zu beheben. Praktische Prüfungsarbeiten seien zum Teil miteingewilligt ausgeführt worden. Die Miteigentüchtigkeit der Sachauschlußbetätigung sicherte der Vortragende an der Fülle des Materials, und jeder Versammlungsteilnehmer bekam einen Einblick in das arbeitsreiche und fruchtbringende Tätigkeitsfeld. Die sich anschließende Diskussion würdigte die Arbeiten des Sachauschusses und gab manchen guten Fingerzeig zur weiteren Entwicklung. Im Schlußwort betonte der Redner, daß nach dem Jahre 1932 bessere Ergebnisse zu erwarten seien, da die kommenden Lehrlinge die nach der Befristungsordnung vorgegebene Eignungs- und Zwischenprüfung durchgemacht hätten. Den Kartellbericht erstattete Kollege S c h ä f e r.

Darmstadt. (Maschinenleger.) Unsere diesjährige W a n d e r e s a m m l u n g wurde wieder wie im vorigen Jahre in Heppenheim abgehalten. Leider waren die Kollegen dem Auf an die schöne Bergstraße nicht sehr zahlreich gefolgt. Es hätte gerade diese Versammlung einen guten Besuch verdient, denn im Mittelpunkt der Tages-

ordnung stand ein hochaktueller Vortrag des Kollegen K e n z über das „Berechnen an der Sechsmaschine“. Der Vortragende hatte viel Material zusammengetragen und Berechnungen der verschiedenen Scharzen angestellt, die der Verammlung vorlagen. Er konnte damit manchem Kollegen einen Fingerzeig geben, wie er seine Leistungen zu bewerten hat, wenn es zwischen ihm und dem Prinzipal zu Differenzen kommen sollte. Gerade im Hinblick auf den vielerorts verlustigen Abbau der Leistungszulage können sich die Kollegen nicht genug in diese Materie vertiefen, um nötigenfalls ihrer eignen Sache ein guter Anwalt zu sein.

Donaupfärrh. Unsere V e r s a m m l u n g am 9. Mai war von 32 Kollegen besucht. Vorsitzender R u d o l p h stellte die Eingang der Versammlung fest, daß bei einer so wichtigen Tagesordnung ein besserer Besuch zu wünschen gewesen wäre. Er begrüßte mit herzlichen Worten untrer Gauvorsitzer Döhling (Müncheln), der auf einer Vortrags-tour den hiesigen Ort besuchte. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte er mit ehrenben Worten eines verstorbenen Kollegen. Sodann erstattete Kassierer S o c h den Kassierbericht, der genehmigt wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Unter „Verschiedenem“ kam der Vorsitzende auf die Urlaubsbestimmungen zu sprechen und ersuchte, sich genau an die tariflichen Abmachungen zu halten. Hierauf referierte Kollege D ö h l i n g über das Thema „Die wirtschaftliche und organisatorische Lage“. In der Diskussion, an der sich mehrere Kollegen beteiligten, kam zum Ausdruck, daß durch den Lohnabbau der Arbeiter immer mehr heruntergedrückt und seine kulturellen Bedürfnisse geschmälert werden. Bei Einführung der 40-Stunden-Woche müsse unbedingt ein Lohnausgleich herbeigeführt werden. Durch die große Arbeitslosigkeit in unserm Verband wird es notwendig, die Lehrlingsaufzucht möglichst hinauszulassen. Dem Gutenbergsbund ist größeres Augenmerk zuwenden, namentlich wegen seiner wenig einwandfreien Agitationsmethoden. Kollege D ö h l i n g ging in seinem Schlußwort auf die Ausführungen der einzelnen Redner ein. Seine nahezu zweifelhafte sehr interessanten Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Vorsitzender R u d o l p h dankte im Namen aller Mitglieder dem Kollegen Döhling für den tiefstehenden Vortrag.

Dresden. In unserer V e r s a m m l u n g am 6. Mai brachte zunächst eine Abteilung des Dresdner Buchdrucker-gesangsvereins den Chor „Es ist ein Berg auf Erden“ zu Gehör und leitete damit die Begrüßung der Neuausgelerneten ein. In einer von Herz zu Herzen gebenden Ansprache erinnerte Vorsitzender S a h l m a n n die Anwesenden an die früheren Zeiten, schilderte den Ernst der jetzigen Lage und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die jungen Kollegen bestrebt sein mögen, nie müde zu werden an der Spitze der Kollegialität und Solidarität. Zu aller Freude konnte er die Mitteilung machen, daß zwei der jungen Kollegen den Beweis schon erbracht haben, daß sie Kämpfer für die Ideale der Arbeiter sind, indem sie mit den älteren Kollegen die Arbeitsplätze verließen. Treue um Treue, Kollegialität gegen Kollegialität, und darum herzlich willkommen im Verband! Im Anschluß an diese Rede sangen die Sänger „Lied Jolellon“. Hierauf wurde das Thema „Der Entlassungsschutz des Arbeitnehmers“ von Arbeitsgerichtsrat Dr. B e r t z in den verschiedensten Fällen eingehend behandelt. Dieses Thema ist zur Zeit sehr aktuell, da sich Vorkommnisse gezeigt haben, daß nach 30- und mehrjähriger Beschäftigung Arbeiter entlassen wurden. Redner streifte die Fälle der Ausschüsse auf unbestimmte Zeit, auf befristete Zeit für besondere Aufträge, ferner das Weiterbestehen des Arbeitsverhältnisses beim Tode des Prinzipals, bei Konturs und das Kündigung im Angestelltenverhältnis. Die Paragraphen 84, 86, 87, 95 und 96 BfG. wurden einer eingehenden Behandlung unterzogen, ebenso die Paragraphen 123, 124 W.G. Den Schwerbeschädigten (50 Proz. u. m.) steht eine vierwöchige Kündigung zu, ferner ist die Zustimmung der Hauptstelle der Beschädigten erforderlich. Man darf keinen Tag vertreiben lassen, wenn man gegen Entlassungen sich wehren will. Jedem den Schutzbestimmungen Gebrauch zu machen, ist vornehmstens Pflicht. Mit diesen Worten schloß Dr. Bertz seinen spannenden Vortrag. Eine kurze Aussprache folgte, die der Referent dahin beantwortete konnte, daß man nur mit offenen Augen dahin kommt, Zustände zu entdecken, die dem Gesetz zuwiderlaufen. Der nächste Punkt betraf eine Nachwahl für einen freiwillig ausgeschiedenen Beiführer. Ein Antrag

auf Ausschluß der Seher Erich Mohmann und Helmut Berger sowie des Drucker Walter Kunath gemäß § 10 Ziffer 1b der Verbandsfahnen wurde einstimmig gutgeheßen. Unter „Verbandsangelegenheiten“ gab Kollege S a h l m a n n einen Rückblick über die Entwicklung der Verhältnisse bei Wirth & Co. und den augenblicklichen Stand der Dinge. Trotz wiederholter Verwarnungen finden sich immer noch Kollegen, die bei gewissen Firmen in Arbeit treten, obwohl bekannt sein muß, daß es dort keinen Lohn gibt bzw. dort nichts zu pfländen ist. Erneut wurde darauf hingewiesen, daß eine Ausschlußkondition unter einem Tag unantastbar ist. Das Johannistfest wird am 27. Juni in alter Weise im „Waldfischchen“ gefeiert. Gauverwalter S c h r o e d e r richtete an die Neuausgelerneten die Bitte, nicht zuzuhäufeln zu verrotten, sondern frisch hinaus in die Welt zu ziehen, Land und Leute kennenzulernen und ihr Wissen zu vermehren. Zu den Sonderbeiträgen teilte er mit, daß Feiertage, die nicht befristet werden, frei vom Sonderbeitrag sind. Einige kurze Anfragen, die vom Vorsitzenden S a h l m a n n beantwortet wurden, bildeten den Schluß der Versammlung.

Düsseldorf. (Sandleger.) — Vierteljahrsbericht. Unser Winterprogramm brachte viele Anregungen. Im Oktober hatten wir einen Vortrag des Kollegen H a u l z i n n e r über „Tiefdruck“. Im November fand eine Besichtigung der Tiefdruckabteilung der Firma Schwann statt. Ende November hielt uns der Vorsitzende untrer Gauvereins, Kollege S t r a t h m a n n (Köln), ein Referat. Im Dezember sprach Kollege J. U n n a s vom Bildungsverband über „Das gute Inerat“. Seit Januar haben wir vereint mit der Ortsgruppe des Bildungsverbandes einen Kursus für Ineratgeber durchzuführen können. Daß wir richtig daran taten, bewies der rege Besuch, besonders von älteren Kollegen. Praktische Übungen am Sonntagmorgen wechselten mit interessanten Vorträgen ab. Als Referenten stellten sich anmerkenstmerweise zur Verfügung: Gemeinbelehler S. W i l l e m s (Aachen), Journalist G e r t S c h r e i n e r (Düsseldorf) und Professor Dr. W i l h e l m von der Staatlichen Kunsthochschule Düsseldorf. Diesen Herren auch hier unsern Dank, besonders dem Leiter des Kurses, Kollegen J a t o b U n n a s vom Bildungsverband. In den Sommermonaten werden Versammlungen mit Besichtigungen und Ausflügen abwechseln, um die Kollegen dadurch auch im geistigen Bereich näherzubringen. Als erster Ausflug war ein gemeinsames Treffen mit den Kölner Kollegen am Simmelsfahrtag auf Schloß Burg an der Wupper vorgezogen. Zu erwähnen ist noch, daß das Zusammenarbeiten mit allen Sparten am Ort ein gutes genannt werden kann.

Erfurt. (Drucker.) — Vierteljahrsbericht. In untrer Generalversammlung am 7. Januar wurden vom Vorsitzenden J m m i g der Jahresbericht und vom Kassierer der Kassierbericht erstattet. Die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse gingen auch an untrer Sparte nicht drückender vorüber, so daß ungefähr 25 Proz. der hiesigen Druckerkollegen durchgänglich ohne Beschäftigung waren. Die Wiederwahl des Vorstandes, mit Ausnahme des Schriftführers, erfolgte einstimmig. — Die Februarversammlung brachte uns einen interessanten Vortrag mit Anschauungsmaterial, betitelt: „Druck und Prägung neuzeitlicher Metallarbeiten.“ — Die Märzversammlung fiel aus, dafür wurde uns von der Farbenfabrik Springer & Müller (Leipzig) ein sehr lehrreicher Film „Die Herstellung der Buchdruckfarben“ geboten. — Am 10. April fand am Kreisort untrer Kreisversammlung statt, verbunden mit einer Druckausstellung verschiedener Farben- und Maschinenfabriken. Kreisvorsitzender J m m i g begrüßte die aus zehn Orten erschienenen Kollegen. Der Kollegen-gesangsverein „Gutenberg“ begrüßte ebenfalls die Versammlung durch zwei gut vorgetragene Chormerke. Kollege A l e x a n d e r (Berlin), Vorsitzender der Zentralkommission, hielt uns zwei Referate, „Die Rationalisierung im Buchdruckgewerbe“ und „Illustrationsdruck auf rauhen Papieren“. Die aufmerksame Hörer fanden und durch reichen Beifall belohnt wurden. Nach der Diskussion erfolgte die Erledigung des geschäftlichen Teiles. — Im Anschluß an die Kreisversammlung beging die hiesige Druckervereinsung das Fest ihres 30jährigen Bestehens. Die Feier bestand aus Konzert, gesanglichen Darbietungen des Quartetts Gutenberg, Tanz und Verlosung, sowie Ehrung von vier Jubilaren. Allen Farbenfabriken möchten wir an dieser Stelle unsern Dank aussprechen, die uns in lebenswürdiger Weise Ausstellungsmaterial zur Verfügung stellten.

R. M. Gelingen a. N. Unsere V e r s a m m l u n g am 11. Mai hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Vorsitzender G u t e k u n s t konnte bei der Begrüßung den in untrer Mitte weilenden Gauvorsitzer Klein willkommen heißen. In ehrenden Worten gedachte er zweier verstorbenen Kollegen. Vier Neuausgelernete konnten als Verbandsmitglieder aufgenommen werden. Nach Bekanntgabe verschiedener Mitteilungen, u. a. konnte Kollege Regelman auf eine 30jährige Tätigkeit als Beiführer im Ortsortell des DfG. zurückblicken, hielt Gauvorsitzer K l e i n ein Referat über das Thema „Die Gewerkschaften in Abwehrstellung“. Es klang dahin aus, daß untrer Organisation an ihren Zielen unter allen Umständen festhalten werde. Mit dem Appell, sich der Schwierigkeiten der Organisation bewußt zu bleiben, diejenigen zu unterstützen, die in Not sind und dem Verband auch in schweren Zeiten die Treue zu halten, schloß Kollege Klein seine recht beifällig aufgenommenen Ausführungen. In der Aussprache wurde lebhaft debattiert über für und Wider. Wenn ein junger Kollege glaubte, mit Kalkulanten wäuten zu können, so wurde er vom Kollegen Klein eines Besseren belehrt. Nach Erledigung drücklicher Angelegenheiten und dem Dank an den Referenten fand die Versammlung nach dreistündiger Dauer ihren Abschluß.

Koblenz. Unre am 10. Mai in Neuwied abgehaltene zweite Bezirksversammlung hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen; rund 240 Kollegen waren anwesend. Bezirksvorsitzender N e u begrüßte in herzlichen Worten die Versammlung, besonders aber den neu gewählten zweiten Gauvorsitzer Fette. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen ehrte der Vorsitzende den verstorbenen Kollegen May (Düsseldorf), der ein Sohn des Koblenzer Bezirks gewesen ist, durch einen warmen Nachruf. Alsdann wurden vier Neuaufnahmen von Jungbuchdruckern vorgenommen. Hierauf hielt Kollege F e t t e sein Referat: „Wirtschaftspolitische Gegenwartsfragen.“ In ein-

lung spiegeln sich die Entwicklungsstadien des menschlichen Geistes deutlich ab.

Im menschlichen Leben ist man wohl allgemein davon überzeugt, daß in Punkt Willen jeder sein eigener Herr ist; jedoch macht sich die große Wehrzahl der Menschen über das Problem der Willensfreiheit keine Gedanken. Sie nach dem Einfluß, dem man in bezug auf seine Weltanschauung untersteht, macht man sich die eine oder andere Ansicht oder Lehrmeinung zu eigen, ohne sich der sich daraus ergebenden Folgerungen bewußt zu werden. In dieser Geistesfähigkeit gegenüber einer der wichtigsten Fragen der Weltanschauung, Moral und des praktischen Lebens finden wir einen Schlüssel zur Erklärung mancher Geschehnisse im Wirtschaftlichen, Sozialen und Politischen. Darum ist es für uns Kulturmenschen aus praktischen und sittlichen Gründen unerlässlich, daß wir in dem Streit für und wider die Willensfreiheit klar sehen und aus der gewonnenen Erkenntnis für das Leben in seiner praktischen und ideellen Auswirkung ganz bestimmte Grundfälle gewinnen.

Zu der notwendigen Klarheit gelangen wir in dieser Frage am sichersten, wenn wir von unserm eignen Tun und Lassen ausgehen und aus den Geschehnissen des praktischen Lebens die Folgerungen ziehen, die sich daraus tatsächlich in Hinsicht auf die aufgeworfene Frage ergeben; denn die Tatsachen und Forderungen des praktischen Lebens lassen sich in keiner Weise wegdiskutieren.

Ohne weiteres sind wir uns dessen bewußt, daß das Wollen und Tun in unserm Leben eine wichtige Rolle spielt. Wir erkennen auch, daß das Tun die Folge eines bestimmten Wollens ist, das aus der Kraft untrer Willens hervorgeht, und daß der Wille selbst das in der Regel Richtungsgebende bei unserm Tun ist.

Die Erfahrung lehrt uns nun, daß wir als Geschöpfe der kosmischen Welt mit all unserm Denken und Tun kosmischen Einflüssen unterworfen sind. Alles Denken und Handeln geht vor sich als Ausfluß des Lebens in Wechselwirkung mit untrer Umgebung, mit der Natur, mit dem Universum. Sei es ein schöner Sommermorgen oder ein herrlicher Wintertag, die belebende Sonne oder das erquickende Grün der Pflanzen, das brausende Tosen des Meeres oder ein gigantischer Berggipfel der Alpen, eine tiefgehende Schlucht unter uns oder der gestirnte Himmel über uns, ein padendes Naturereignis oder ein erschütterndes Menschenschicksal — alles sind von außen kommende Eindrücke, die sich in unserm Bewußtsein sammeln, zu Denkvorgängen führen, Willensäußerungen hervor-rufen und wieder nach einem geeigneten Ausdruck suchen. Darüber hinaus kommt aber auch für unser Denken und Tun, Wollen und Handeln das Leben des einzelnen in der Gemeinschaft, seine Abhängigkeit von dieser im ganzen und vom wirtschaftlichen Geschehen im besonderen in Betracht. Der uns aufgedrängte Kampf ums Dasein spielt hier eine große Rolle.

Aus diesen Tatsachen ergibt sich mit zwingender Logik, daß die Richtung, die unser Wollen und Handeln einschlägt, in erster Linie durch äußere Ursachen (Motive oder Beweggründe) bestimmt wird. Aber auch unser jeweiliger Gemütszustand, der bis zu einem hohen Grade ebenfalls äußeren Einwirkungen untersteht, beeinflusst wesentlich unser Wollen und Tun; denn wir wissen ja aus der Erfahrung zur Genüge, daß wir oftmals unter dem Einfluß einer „Stimmung“ ganz anders handeln, als wir bei tüchtler Überlegung handeln würden.

(Schluß folgt.)

händigen Ausführungen verstand es der Redner, die Versammlung durch seine klaren Darlegungen zu fesseln. Er beaufschlagte die Not der Zeit und die Ursachen der großen Wirtschaftskrise und die dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit. In seinen weiteren Ausführungen kam er auf die 40-Stunden-Woche zu sprechen, durch deren Einführung das große Heer der Arbeitslosen bedeutend verringert werden könne. Am Schlusse seiner Ausführungen beleuchtete er die Bestrebungen der Nationalsozialisten und der KPD, die vor allem darauf abzielten, die Erzeugnisse der seit 60 Jahren bestehenden Gewerkschaftsbewegung zu zerstören. Herzlicher Dank des Vorsitzenden und Händelschiffen der Versammlung bildeten die Quittung für das Referat. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Bad Kreuznach bestimmt. Nach der Erledigung einiger kleineren Fragen schloß der Vorsitzende mit dem Dank an die Mitglieder die äußerst anregend verlaufene Versammlung.

München. (Korrekturen.) Der Bayerische Korrekturenverein hielt am 9. Mai eine Versammlung ab, die für den erkrankten Kollegen Wafenreißer dessen Stellvertreter, Kollege Burmeister, leitete. Aufgenommen wurde ein Kollege, Schriftleiter Eugen Kirchgässner, machte die Korrekturen mit dem Leben und Wirken des Dichters Heinrich Heine vertraut. Dieser Vortrag wie die Rezitationen gaben ein getreues Spiegelbild des berühmten unsterblichen Dichters in der deutschen Literaturgeschichte und fanden beständige Aufnahme. In nächster Zeit haben die Korrekturen durch Vermittlung des Kollegen Widenmann Gelegenheit, die kostbaren Schätze im Archiv der bayerischen Staatsbibliothek zu besichtigen. Heuer soll eine Wanderversammlung in Nürnberg, möglicherweise auch eine in München abgehalten werden.

Böckeln. Am Sittensfeierstage hielt der Bezirksverein Böckeln seine Bezirksversammlung im Haus des Volkes in Probstzella ab. Unter Mitwirkung des „Gutenbergs“ wurden vier Kollegen für 25jährige Verbandszugehörigkeit geehrt; dem Vorsitzenden wurde ihnen das Buch der Bildergilde „Die neue Stadt“ und die silberne Verbandsnadel unter Glückwünschen überreicht. Vorsitzender Burmeister gab dann ein Bild von der Bundesfeier in Bernau, die er vier Wochen absolvierte. Weiter gab er Aufklärung über das Verhalten des Betriebsrats bei Kündigungen, Wahrung der Einspruchsfrist, Verlesung der tariflich festgelegten Friedensverträge und die Stellung der dem Zeitungsverleger-Verband angeschlossenen Betriebe bei tariflichen Streitigkeiten. In der Versammlung kam weiter zum Ausdruck, daß die Konzentrationsbestrebungen der SPD-Zeitungen, vor allem der „Materndee“ aus Berlin, die Arbeitslosigkeit in der Buchdruckerarbeit weiter verschärfen, denn durch den „Materndee“ würden weitere Seiger übrig und entlassen. Ein Schulbeispiel davon haben wir an einem Betriebsbetrieb im Bezirk. Gausvorsteher Wisla gab schärfende dann den Stand der Verbandsfrage und erklärte einen Ausweg entweder in einer Neubegründung der Unterfränkungsabteilung oder in einer erneuten Beitragsprüfung. Nach Schluß der Versammlung fanden noch Spaziergänge in die nähere Umgebung statt.

Böckeln. (Mitschneider.) Am 10. Mai fand hier die Versammlung unserer Gauvereinigung statt. Am Vormittag erfolgte eine Besichtigung des Vogel-Verlages. Um 11 Uhr begann die Versammlung, in der Kollege Köber (Berlin) als Vorsitzender der Zentralkommission anwesend war. Die Versammlung wurde begrüßt durch einen Redovortrag des Kollegengalgenvereins „Gutenbergs“. Kollege Köber gab einen Bericht über die augenblickliche Situation im Gewerbe. Den Extrakt der Versammlung bildete eine Entschuldigungsbesetzung, die besagt, daß die Maschinenseher des Gaus Thüringen von der Verbandsleitung und der Zentralkommission bei den nächsten Lohnverhandlungen eine energische Absehung jedes weiteren Lohnabwärtens erwarten. In der Provinz gibt es keinen weiteren Lohnabwärt. Ein Kollege gab dann unter „Technisch“ noch die Vor- und Nachteile der neuen Magasin-Reinigungsblöcke der Firma Siemens & Schudert, die am Vormittag im Vogel-Verlag praktisch vorgeführt wurde, bekannt. In der Versammlung nahmen 85 Proz. der Kollegen teil.

Sz. Schleswig. Sobald der Sommer naht, läßt das schöne Wetter manchen Kollegen in seiner Tätigkeit für seine Organisation erlahmen und sein Interesse schwinden für Dinge, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Man merkt es zuerst am Versammlungsbesuch. Leider! Immerhin wies uns die Versammlung am 16. Mai noch einen annehmbareren Besuch auf. Der Kassenbericht hielt sich im üblichen Rahmen. Bei dieser Gelegenheit wurde von zwei zurückgekehrten Kollegen angeregt, die Unterfränkungen an durchreisende Kollegen eher zu erheben statt herabzusetzen, zum Mindestens es bei den bisherigen Sägen zu belassen. Kom Vorwand wurde entgegnet, daß hier leider die jeweilige Lage der Rasse entscheidend sei; man sei bis jetzt beschränkt gewesen — oft unter erheblichen Opfern — die bisherige Höhe des Ortsbeitrags (nur noch an Ausgesessenen!) zu halten, da man der Lage der durchreisenden Kollegen durchaus Verständnis entgegenbringe. Käme aber der bis jetzt noch vermeidene kritische Zeitpunkt, so stände man vor der Frage, das Ortsgeheimnis — das in dieser Höhe von den umliegenden Ortsvereinen sicher lange nicht mehr geahnt werde — zu kürzen oder den Ortsbeitrag zu erhöhen. Bei der an sich schon großen Belastung jedes einzelnen Kollegen durch die verschiedenen Beiträge und ihre Höhe für den Weg der Ortsbeitragsenthebung aber noch unwahrscheinlich. Die dann auf der Tagesordnung stehende Aufnahme eines neu ausgereisten Kollegen erfolgte einstimmig. Unter anderem sei noch das Jubiläum erwähnt, das am 27. Juni in Melle bei Schleswig stattfinden und mit einer Fahrt auf der See verbunden sein wird; die Rückfahrt erfolgt per Auto. Der Vorsitzende dankte allen Kollegen für ihr reges Mitwirken und Mitteilen, appellierte nochmals an alle, für regen Versammlungsbesuch zu agitieren und schloß mit der Aufforderung, sehr reger für das Jubiläum zu werden, damit auch der letzte Kollege mit seinen Angehörigen daran teilnimmt und alle einige frohe Stunden miteinander erleben und das Band der Kollegialität sich fester knüpfe.

Schwern i. M. (Druck.) Dankenswerterweise war es unserm Vorsitzenden gelungen, den Kollegen Bruno Klerman, Vorsitzenden der Zentralkommission, zu einem Vortrag in unserer Versammlung am 3. Mai zu gewinnen. Trotz des außerordentlich schönen Sonntagweters und der im vollen Gang befindlichen Garten-

arbeiten (bestimmend, daß Versammlungsbesuche auf Grund solcher Fragmente oft und wohl überall laiden) konnte unser Vorsitzender Ziele die fast vollständigen erschienenen Mitglieder, ein paar auswärtige Druckerkollegen, den Gau- und den Ortsvereinsvorsitzenden sowie die Vorsitzenden der Hand- und Maschinenseher, der Korrekturen und des Bildungsverbandes begrüßen. Das Thema war sehr glücklich gewählt: „Technik — Organisation.“ Der Referent schilderte sehr anschaulich die immer neu gebärende Technik im allgemeinen und im Buchdruckgewerbe im besonderen. Ermahnte, jeder Neugier auf dem Maschinenmarkt Beachtung zu schenken, sich anpreisende Methoden und Verbesserungen einer sachlichen Kritik zu unterziehen, daran und daraus zu lernen, das Beste für die Zeit zu machen, denn berufliche Ränken sei in heutiger Zeit Hauptfeind. Rastlos fortschreitende Technik und Rationalisierungsmaßnahmen scheiden immer mehr Menschen aus dem Produktionsprozeß aus, deren Folgen mit die bedrückendste, ungeheure Arbeitslosigkeit ist. Diese so bald wie möglich zu senken, ist erstes Gebot der Stunde der Staaten und der Organisationen. Letztere haben schon früh genug Bekämpfungsmaßnahmen gefordert und auch Wege gewiesen, die praktisch erforderlich und durchführbar sind, und wenn die Regierung nach langem, nutzlosen Quacksalbern jetzt diese Vorschläge aufgreift und ernstlich in Erwägung zieht, so geht dies doch zur Genüge, daß die Gewerkschaften der Behandlung solcher Fragen ein nicht zu umgehender und verantwortungsbewusster Faktor sind. Redner ging dann noch kurz auf Fragen ein, die momentan dominieren, gewissermaßen Zeitfragen sind. Nach einer kurzen Pause setzte eine lebhafteste Diskussion ein, die besonders Arbeitsverteilung mit Lohnausgleich, Lehrlingsordnung und Zentralisation der Bildungsbestrebungen der Sparten usw. betraf. Im Schlußwort berichtigte oder ergänzte der Referent die von den Diskussionsrednern aufgeworfenen Fragen in leichtverständlicher Rede. Seine Ausführungen sind bestimmt auf fruchtbaren Boden gefallen.

Worms. Einen zufriedenstellenden Besuch konnte unsere Bezirksversammlung am 10. Mai in Bensheim a. B. aufweisen. Aus der Lehrlingsabteilung wurden fünf Kollegen in den Verband aufgenommen. Die Gehilfenprüfung ist ordnungsgemäß vollzogen worden, das Neulicht befriedigte. Kollege Jung (Wannheim) hielt einen Vortrag über „Die Bundesfeier in Bernau“ und fand sehr aufmerksame Zuhörer. Ausgesprochen verstand er es, verbunden mit sachlicher Kritik, die Kollegen etwa eine Stunde zu unterhalten, und es wurde ihm reger Beifall zuteil. Die Diskussion befand nur in Anfragen. Eine längere Debatte entfiel dem Johannisfest. Der Vorstand hatte den Antrag gestellt, zugunsten unserer Erwerbslosen das Fest fallen zu lassen und einen Betrag von 200 M. an langfristige Erwerbslose zu verteilen. Die Diskussionsredner vertraten denselben Standpunkt. Dem Vorstand wurde die Verteilung des Geldes überlassen. Bemerkenswert ist, daß nur wenige Erwerbslose sich an der Debatte beteiligten. Mit der Regelung verschiedener interner Sachen endete die glatt verlaufene Versammlung.

Witzburg. (Mitschneider.) Mit drei Autobussen ging es am 10. Mai durch das schöne Franken nach Schweinfurt. Während die Damen unter Führung Schwelinfurter Kollegen die Stadt und den Tiergarten besichtigten, fand eine Bezirksversammlung statt, die einen sehr guten Besuch aufwies. Bei der Eröffnung durch den Vorsitzenden sprach der Vorsitzende der Mitgliedenschaft Schweinfurt, Kollege Brun, Worte der Begrüßung, die freudigen Widerhall auslösten. Danach referierte Kollege Böber (München), Vorsitzender der Bayerischen Maschinenseher-Vereinigung, über „Die Wirtschaftsfrage und das Buchdruckgewerbe“. Reicher Beifall war der Dank für das vortreffliche Referat. In der Diskussion wurden alle die Schmerzen besprochen unter anderem Hinweis auf die Verschlechterung in der Sozialversicherung, die uns die letzte Notverordnung brachte. — Nach einem gemeinsamen Mittagessen wurde ein kleiner Nummer durch Schweinfurt unternommen, und dann kam bei Konzert und Humor die Fidelitas bis zur Abfahrtsstunde zu Wort. Mit dem Bewußtsein, nächste mit frohen kollegialen Stunden verbunden zu haben, kehrten wir wohlbehalten in die Heimat zurück.

Allgemeine Rundschau

Tarifverneuerung und Lohnregelung im Steindruckgewerbe. Die seit Anfang dieses Monats schwebenden Verhandlungen über den am 31. Mai abgelaufenen Tarifvertrag für das Deutsche Lithographie-, Offset-, Steindruck-, Notendrucker- und Motenlichtgewerbe und die Deutsche Bromsilber-Kunstindustrie haben nunmehr vor dem auf Antrag der Unternehmer eingesehenen Schlichter des Reichsarbeitsministeriums mit einer Vereinbarung ihren Abschluß gefunden. Die Anträge der Unternehmer hatten Verschlechterungen größten Ausmaßes zum Ziel, die aber zum großen Teil abgewehrt werden konnten. In der bisher unbefristeten Feiertagsbestimmung mußte allerdings eine gestaffelte Begrenzung für die über acht Tage hinausgehende Zahl von Feiertagen in Kauf genommen werden. Die besonders beratenden Ferienbestimmungen des Tarifs blieben erhalten, aber Schichtbezahlung und Kurzarbeit wurden tragbare Bestimmungen getroffen. Weiter wurde vereinbart, daß für das laufende Jahr nur 40 Proz. der nach der Beleglingsstaffel gültigen Lehrlingszahl zur Einstellung kommen dürfen. Der Tarifvertrag läuft nunmehr bis zum 31. Mai 1932. In Verbindung mit den Tarifverhandlungen standen auch Verhandlungen über die bisher geltenden Löhne. Der Tarifvertrag sieht nur einen Mindestlohn für Ausleierte im ersten Gehaltsjahr vor, der bisher in vier Ortsklassen 34 bis 40 Mark betrug. Alle anderen Löhne unterliegen der freien Vereinbarung. Unter Mitwirkung des Schlichters wurde nunmehr vereinbart, daß die tariflichen Mindestlöhne für Ausleierte um 5 Proz. gehakt werden und daß sich mit Inkrafttreten des neuen Tarifabkommens die gegenwärtig gezahlten frei vereinbarten Löhne bis 50 Mark um 6 Proz. und die über 50 Mark um 7 Proz. vermindern. Eine weitere kollektive Senkung der Einzelgehälter darf nicht stattfinden. Jede Vertragspartei kann eine Revision der Löhne mit etwa monatlicher Angelegenheit erstmalig zum 31. Oktober d. Js. beantragen. Wird davon kein Gebrauch gemacht, so kann ein Revisionsantrag erst jeweils drei Monate später mit

derselben Angelegenheit gestellt werden. Die Gausleiter des Verbandes der Lithographen und Steindrucker haben in einer Konferenz dem Abkommen ihre Zustimmung gegeben.

Vertretertag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. Am 24. August und folgende Tage findet der Siebente Vertretertag des Bildungsverbandes in Erfurt („Stadthalle“) statt. Dem Mitgliederband am 1. April 1931 entfallend, steht den einzelnen Kreisen einseitig die Kreisvorsitzenden oder seines Stellvertreters folgende Vertreterzahl zu: Berlin 4, Bielefeld 2, Breslau 2, Danzig einer, Dresden 3, Essen 3, Frankfurt 3, Hamburg 4, Karlsruhe 3, Köln 2, Leipzig 6, Magdeburg 3, München 3, Niederschlesien 2, Nürnberg 3, Osn. 2, Pommern 2, Stuttgart 4, Thüringen 2; zusammen 63 Vertreter. Einträge zu der Tagung sind bis 15. Juni an die Geschäftsstelle des Bildungsverbandes (Berlin SW 61, Dreißigstraße 6) einzureichen. An den Vertretertag schließt sich unmittelbar eine Tagung des Internationalen Zentralbüros der Buchdrucker-Bildungsverbände an. Am Sonntag, dem 23. August, vormittags 9 Uhr, findet in der „Alhambra“ zu Erfurt eine internationale Kundgebung der Vertreter der ausländischen Buchdrucker-Bildungsorganisationen und -verbände statt.

„Sunbet“ Jahre Kampf um Jugendbuch. In den Heften 3 und 4 der Zeitschrift „Das junge Deutschland“ hat Herrmann Maack, der Geschäftsführer des Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände, eine lehrreiche Zusammenstellung über die Entwicklung des Jugendbuches im letzten Jahrhundert veröffentlicht. Maack hatte die Möglichkeit, das Archivmaterial des Preussischen Handelsministeriums hinsichtlich der Entwicklung des Jugendbuches durcharbeiten. Dadurch ist es möglich geworden, eine Fülle von interessanten Zeugnissen über die Arbeitsverhältnisse von Kindern und Jugendlichen im Laufe des vergangenen Jahrhunderts zusammenzustellen, die ein gutes Bild über die Entwicklung der Sozialpolitik in Deutschland geben. Auf Veranlassung des Jugendsekretariats des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat die Verlagsgesellschaft des ADGB einen Sonderdruck von diesen Aufsätzen herstellen lassen. Die 98 Seiten umfassende Schrift kostet im Buchhandel 1,80 M. Sie wird von der Verlagsgesellschaft an unsere Mitglieder in einzelnen Abzügen zum Preise von 1,40 M. Bei Sammelbestellungen von mindestens 10 Stück 1,30 M. bis 200 Stück 1 M. Wir können die Anschaffung dieses Buchleins bestens empfehlen; besonders unser Lehrlingsleiter werden darin viel aufzukündendes und brauchbares Material für ihre schwierige Arbeit finden.

Vorlicht beim Baden! In Königsberg i. Pr. unternahm ein 18jähriger Buchdruckerlehrling mit einem Vereinen sonnenigen Pfingstsonntag einen Ausflug. Dabei nahmen alle ein Freibad auf einer überfluteten Wiese. Aufmerksam bemerkten einige, daß der Lehrling feste. Man suchte alle Wasserstellen bis zur einbrechenden Nacht ab, ohne ihn zu finden. Erst am zweiten Feiertag wurde der Ertrunkenen von einem großen Sucherauftrag in einem tiefen moorigen Graben entdeckt. Der Fall lehrt wieder, daß man beim Baden nicht vorzüglich genug sein kann.

Zur besseren Illustrierung historischer Werke. Der Reichstum an Bildern, mit dem heute die Bücher ausgestattet werden, trägt gewiß viel zur besseren Veranschaulichung des Textes bei, aber man hat auch manche Mißstände zu beklagen. So wird in neuerer Zeit immer mehr beklagt, daß die Illustration historischer Werke an erheblichen Mängeln leide, die nicht selten zu der Gatte des Inhalts in einem auffälligen Gegensatz stehen. Um diesen Mängeln abzuwehren, hat der Verband deutscher Historiker, wie im „Börsenblatt“ für den deutschen Buchhandel“ mitgeteilt wurde, auf seiner letzten Tagung in Halle einen Fotographischen Ausschuss eingesetzt, der alle in das Gebiet der historischen Bilder einschlagenden Fragen betreffen soll. Diesen Ausschuss gehören hervorragende Gelehrte an. Es ist ein rein wissenschaftliches Forschungsunternehmen, das sich aber auch die Aufgabe stellt, die Verfasser historischer Werke für eine bessere Illustrierung zu gewinnen und den Verlegern auf Wunsch mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Ausgaben der Reichsbahn für Erfindungen. Daß die Reichsbahngesellschaft befreit ist, die Sicherheit ihres Betriebes zu vervollkommen, ergibt sich aus der Tatsache, die in der „Anschauung“ mitgeteilt wurde, daß die Reichsbahn im abgelaufenen Geschäftsjahr 88 000 M. an Geldpreisen für Erfindungen ausgezahlt hat; die sich auf Verbesserungen der Signalanlagen und der Wagen erstrecken. Diese Einzelpreise, die auch für dieses Jahr wieder neu ausgelegt wurden, bewegen sich zwischen 1500 und 7500 M. Die Preise werden nur dem Erfinder zuerkannt, nicht aber dem, der die Erfindung zum Zwecke der Verwertung erworben hat.

Starke Anwachen der Rundfunkteilnehmer in Deutschland. Der Siegeszug des Rundfunks, der sich in kurzer Zeit wie keine andre technische Erfindung der Neuzeit nahezu die gesamte zivilisierte Welt unterwarf, schreitet unaufhaltsam vorwärts. Nach den neuesten Zusammenstellungen waren in Deutschland am 1. April d. J. 731 561 Rundfunkteilnehmer vorhanden. Danach ist bereits im Laufe der ersten drei Monate dieses Jahres wieder eine Vermehrung der Teilnehmer um 22 172 oder 6,9 Proz. eingetreten; gegenüber dem Stande vom Vorjahr (1. April 1930), als sich die Anhängerzahl des Radio auf 3 288 390 Teilnehmer bezifferte, hat sich die Zahl der Freunde des Rundfunks um rund eine halbe Million (493 285) oder 15,2 Proz. erhöht. Seit dem 1. Januar 1930 — also in fünf Jahren — ergibt sich eine Zunahme der Anhängerzahl um etwa 270 Proz., ein Ergebnis, das in seinen Ausmaßen an amerikanischer Verhältnisse erinnert und das bisher von keinem andern Hilfsmittel moderner Technik — auch von dem weitverbreiteten und unentbehrlichen Telephon nicht — in einer derart kurzen Frist erreicht wurde.

14. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Vom Vorstand des ADGB wird der nächste Gewerkschaftskongreß für Montag, den 31. August, und folgende Tage nach Frankfurt a. M. („Balmengarten-Restaurant“) einberufen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Wahl der Kongressleitung und der Kommissionen; 2. Bericht des Bundesvorstandes; 3. Die Umwälzungen in der Wirtschaft und die 40-Stunden-Woche; 4. Öffentliche und private Wirtschaft; 5. Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts; 6. Anträge zu den Bundesbeschlüssen; 7. Wahl des Bundesvorstandes; 8. Erledigung sonstiger Anträge. Die Vertretung auf dem Gewerkschaftskongreß regelt sich nach den

